Hallesche Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

1908. Nr. 64. — Jahrgang 200.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Freitag, 7. Februar 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon-Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg †.

Altenburg, 7. Februar.

Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg ist heute morgen 1 Uhr gestorben.

Eine schmerzliche Kunde dringt aus Altenburg in alle Gaue des deutschen Vaterlandes: Herzog Ernst hat die Augen für immer geschlossen. Er, der seinem Volke stets ein gerechter und milder Herrscher gewesen, dessen vornehmste Sorge allzeit das Glück und der Wohlstand des Altenburger Landes war, ist heimgegangen zu seinen Vätern. Eine lange, segensreiche Regierung ist dem edlen Fürsten beschieden gewesen, fast 55 Jahre hat er die Geschicke des Landes zu seines Volkes Bestem gelenkt. Auch dem Deutschen Reiche war Herzog Ernst stets ein treuer Bundesgenosse und tiefbetrauernd steht deshalb mit seinen Altenburgern das ganze deutsche Volk an der Bahre dieses Fürsten, dessen Regierungszeit ein unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte seines und des deutschen Landes bilden wird.

Gott der Herr aber schütze und schirme das Altenburger Land und seine treuen Bewohner!

Ernst, Friedrich Paul Georg Nikolaus, Herzog von Sachsen-Altenburg, ältester Sohn Herzog Georgs und der Prinzessin Marie von Mecklenburg-Schwerin, geb. 16. September 1826, widmete seit 1840 mit seinem Bruder Moritz zu Studienzwecken in den Jahren 1843—46 in Lausanne und Genf, worauf er bis 1849 in Breslau sich den Militärwissenschaften widmete. Dann studierte er bis 1851 in Leipzig die Staatswissenschaften und diente 1851 bis 1853 im 1. preußischen Garderegiment zu Fuß zu Potsdam. 1853 verließ er den aktiven Militärdienst, vermählte sich (28. April 1853) mit der Prinzessin Agnes von Anhalt-Dessau (geb. 24. Juni 1824) und folgte am 3. August 1853 seinem Vater in der Regierung. Er schloß 1862 eine Militärkonvention mit Preußen, nahm im August 1866 an dem Fürstenkongreß in Frankfurt teil und trat 1866 dem Bündnis mit Preußen bei. Am Feldzuge gegen Frankreich beteiligt er sich anfangs im Hauptquartier der zum Schutz der norddeutschen Küsten gebildeten Armee, dann in der vom Großherzog von Mecklenburg kommandierten 18. Division und nahm teil an der Einnahme von Toul und Toulouse, an den Kämpfen gegen die französische Südarmee und an der Belagerung von Paris. Sein einziges Kind, Prinzessin Marie (geb. 2. August 1854), vermählte sich am 19. April 1873 mit dem inzwischen verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen.

Parlamentarisches.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Eine parlamentarische Korrespondenz verbreitet, wie wir der „Germania" entnehmen, die Behauptung, der Kaiser beabsichtigte, die Polenvorlage zurückzuziehen. Im Anschluß daran teilt die „Germania" mit, daß der Kaiser geäußert habe, es sei ihm gleichgültig, was aus der Polenvorlage werde. Beide Angaben können wir als Erfindungen bezeichnen.

Die Budgetkommission des Reichstages nahm einstimmig bei der Beratung der Steuern die vorläufige Resolution über die Automobilsteuer an mit der Erweiterung, daß über die Erleichterung des Grenzverkehrs und die Behandlung der ausländischen Automobile einheitliche Bestimmungen getroffen werden sollen.

Die Reichstags-Kommission für die Beratung des Gesetzentwurfes betreffend ein Funkenmonopol nahm in erster Lesung die Regierungsvorlage mit der Beschränkung an, daß die Bestimmungen für fünf Jahre Geltung haben sollen.

Das „Berliner Tageblatt" meldet die Austrittserklärung der Herren Dr. Barth und v. Gerlach aus dem geschäftsführenden Ausschuß des Liberalen Wahlvereins.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Dem Reichskanzler Fürsten v. Bülow ist von der Handelskammer in Magdeburg das nachstehende Telegramm zugegangen:

„Wir befürworteten bisher stets im Interesse des deutschen Zuckerkonsums jede Herabsetzung der Verbrauchssteuer. Der Antrag Schwerin, diese Steuer wiederum zu ermäßigen, fand ebenfalls grundsätzlich unsere Billigung. Die Herabsetzung der Verbrauchssteuer um 4 Mark ist indessen zu gering, um schon für sich das Bestehen der Zuckerindustrie für die Zukunft zu sichern. Dagegen würde ein Zusammenbrechen der Brüsseler Konvention die unheilvollsten Folgen haben. Es würde, falls die Konvention fiele, die Konkurrenz des russischen Zuckers auf dem Weltmarkte ohne Schranken bleiben. Es würde der zügellose Wettbewerb der einzelnen Länder durch Gewährung von Ausfuhrprämien von neuem entfesselt werden, und es würde damit endlich eine völlige Unsicherheit in das ganze Zuckergewerbe gebracht werden. Die Wirkung dieser Unsicherheit ist nach den Erfahrungen früherer Jahre so verderblich und unüberseßbar, daß wir auf das dringendste ersuchen, der Erneuerung der Brüsseler Konvention auch ohne daß damit eine Ermäßigung der deutschen Verbrauchssteuer für einen bestimmten nahen Termin schon jetzt festgestellt werden kann, zuzustimmen."

Zu den Ereignissen in Portugal.

Prinz Eitel Friedrich traf am Donnerstag morgen mit dem Generaloberst v. Lindequist, dem früheren Militärattaché Frhrn. v. Senden und den Herren seines Hofstaates auf dem Nordbahnhof in Paris ein, wo er von dem deutschen Botschafter und den Herren der Botschaft empfangen wurde. Nach einer Rundfahrt durch die Stadt und einem Frühstück auf der dortigen Botschaft reiste der Prinz mittags mit dem Südexpreßzuge nach Lissabon weiter. In dem gleichen Zuge befanden sich der Fürst von Hohenzollern und die sächsische Sondergesandtschaft.

Der portugiesische Ministerpräsident hatte eine lange Besprechung mit Castro, dem Führer der Progressisten und mit Wilhena, dem Führer der Regeneratoren. — Die Minister des Kabinetts Franco haben dem König ihre Abschiedsbesuche abgestattet. — Wie amtlich festgestellt worden ist, war auch die dritte der Personen, die nach dem Anschlag auf König Carlos getötet wurden, an dem Mordeinkeiner Weisebeteiligt.

Die verhafteten Abgeordneten der republikanischen Partei Almelda, Santos und Costa sind aus der Haft entlassen worden.

Der von Franco verboten gewesene „Diario Popular", ein Organ der Regeneradores, hat nach dem Erlaß des Königs vom 5. cr. sein Erscheinen unter dem alten Namen wieder aufgenommen und erklärt, es werde die Regierung gern in gemeinsamer Arbeit am Werke der Beruhigung des Landes unterstützen.

Das Blatt der nationalkatholischen Partei bietet der Regierung seine aufrichtige Unterstützung an und fordert alle Parteien auf, sich um den jungen König und die Minister zu scharen, falls diese die feste Absicht haben, eine neue Aera zu eröffnen. Die Stunde patriotischer Hingebung sei gekommen, niemand dürfe sich ihr entziehen.

„Der unabhängige „Diario de Noticias" lobt die Erlasse vom 5. Februar als eingegeben von dem aufrichtigen Wunsche, die politische Atmosphäre zu reinigen und Geselligkeit, Freiheit und Toleranz wieder herbeizuführen. Der „Diario" fügt hinzu, die öffentliche Meinung müsse den König und die Regierung zu diesen Erlassen beglückwünschen.

Das Lissaboner Blatt „El Mundo" versichert, der frühere Ministerpräsident Franco sei nach der Schweiz abgereist. Er werde sich nur solange in Madrid aufhalten, als nötig sei, um den Ministerpräsidenten zu besuchen. Franco habe am Mittwoch an verschiedene französische und englische Banken Geld überwiesen. Seine Familie werde ihn nach der Schweiz begleiten. Trotz dieser auch von anderen Blättern gebrachten Nachricht versichern die Anhänger Francos, er halte sich noch immer in seiner Wohnung in Lissabon auf.

Die tiefe Erregung der Bevölkerung scheint sich gegenwärtig abgeschwächt zu haben, vielleicht sogar vollständig geschwunden zu sein. Die Kundgebungen der öffentlichen nationalen Trauer sind gering. Die Einwohner gehen ihrer gewöhnlichen Beschäftigung nach, und die Privathäuser sind ohne Trauerschmuck. Soldaten und Offiziere tragen keinen Trauerflor, auch merkt man nicht, daß Vorbereitungen zur Leichenfeier getroffen würden. Die Umgebung der Königin Amalie bemüht sich, sie zu bestimmen, zu ihrer Beruhigung einige Monate in Spanien oder England zu verbringen. Die Entfernung der Königin im gegenwärtigen Zeitpunkte würde der jungen Regierung auch den Charakter größerer Unbefangenheit verleihen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob die Königin in so unruhiger Zeit ihren Sohn verlassen wird.

Bei Redaktionsschluß laufen noch folgende Telegramme ein:

Lissabon, 6. Febr. Im „Amtsblatt" wird ein Schreiben des Königs an den Ministerpräsidenten veröffentlicht, in welchem der König seinen Willen dahin kundgibt, daß die Finanzverwaltung des königlichen Palastes nur über solche Mittel verfügen soll, die vom Parlamentbewilligt worden sind. Martin Carvalteo, der im Kabinett Franco Finanzminister war, hat Portugal verlassen.

Madrid, 6. Febr. Der frühere portugiesische Ministerpräsident Franco ist hier eingetroffen; er wird heute abend wieder abreisen, wahrscheinlich nach Paris.

Deutsches Reich.

* **Rücktritt des Frhrn. v. Stengel?** Der Staatssekretär Frhr. v. Stengel soll nach dem „B. L.-A." von seinem Amte zurückgetreten sein.

* **Der Bundesrat** hat am Donnerstag den Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung der Majestätsbeleidigungen nach den Beschlüssen des Reichstages endgültig genehmigt.

* **Aus dem Konsulatswesen.** In verschiedenen Blättern wird die Nachricht verbreitet, als Konsul des Reiches in Djibuti sei ein Syrer namens Ghaleb in Aussicht genommen. Diese Nachricht entspricht, wie der „Nordd. Allg. Ztg." von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen, da Herr Ghaleb weder für die Vertretung des Reiches in Djibuti in Vorschlag gebracht, noch dafür in Aussicht genommen ist.

* **Ein Reichsgesetz über den Automobilverkehr** wurde in verschiedenen Blättern angekündigt. Demgegenüber weisen die „B. N. N." darauf hin, daß für die Regelung der polizeilichen Vorschriften über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Wegen und Plätzen ein Vorgehen auf reichsgesetzlichem Wege überhaupt nicht in Betracht kommt. Während bei der Regelung der Haftpflicht für von Kraftfahrzeugen angerichtete Schäden das voraussichtlich bald kommende Reichsgesetz die gegebene Form bedeutet, ist für eine zweckentsprechende Behandlung der polizeilichen Seite des Automobilverkehrs die Form eines solchen Gesetzes schon wegen der Flüssigkeit der Materie und ihrer fast ganz auf dem Gebiete der Exekutive liegenden Bedeutung nicht geeignet. Hier muß im Wege der Polizeiverordnung eingegriffen werden. Dies ist vollkommen ausreichend, wenn nur auch künftig vom Bundesrate entsprechend den von ihm 1906 erlassenen „Grundsätzen" dafür Sorge getragen wird, daß die Polizeiverordnungen im ganzen Reiche einheitlich erlassen werden.

* **Der Saccharinschmuggel** scheint an den deutschen Grenzen recht schwunghaft betrieben zu werden. Vor kurzem wurde aus Baden gemeldet, daß zahlreiche Sendungen von Saccharin aus der Schweiz über badische Zollstellen eingeschwärzt worden seien. Die badische Zollverwaltung gab bekannt, in welcher Verpackung und unter welcher Warenbezeichnung der Süßstoff in der Regel versandt wird. Man scheint also dem Schmuggel doch hin und wieder auf die Spur gekommen zu sein. Die meisten Fälle werden sich freilich der Entdeckung entziehen. Jetzt wird aus Straßburg gemeldet, daß die Zollbehörde in Leopoldshöhe einem umfangreichen, planmäßig angelegten Saccharinschmuggel auf die Spur gekommen sei. Den Beamten gelang es, eine größere Sendung Saccharin, sorgfältig in Koffer verpackt, abzufangen und den Transporteur zu verhaften. Alle diese Entdeckungen dürften mehr oder weniger auf Zufall beruhen. Im ganzen Rechnungsjahr 1906/07 wurden von deutschen Zollämtern 312 Kilogramm Saccharin beschlagnahmt, deren Einschwärzung versucht worden war, und zwar 158 Kilogramm an der belgischen, 19 Kilogramm an der holländischen und 135 Kilogramm an der schweizerischen Grenze. Die schärfste Grenzkontrolle scheinen dabei die Zollbehörden des Rheinlandes und Elsaß-Lothringens geübt zu haben, von denen 162 Kilogramm und 128 Kilogramm beschlagnahmt wurden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung von Donnerstag 6. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Breitenbach.

Die zweite Lesung des Etats wird beim Etat der Bauverwaltung fortgesetzt.

Abg. **Iderhoff** (fkons.) begrüßt die Verkehrssteigerung auf dem Dortmund-Emskanal und bittet um Auskunft über die Verhandlungen wegen der Schiffahrtsabgaben.

Verkehrsminister **Breitenbach:** Die Staatsregierung erstrebt eine verkehrsfreundliche, alle berechtigten Interessen schonende Lösung der Abgabenfrage im Einverständnis mit den übrigen Bundesstaaten. Die noch bestehenden Zweifel wird sie durch eine authentische Auslegung der Verfassung auf dem Wege der Reichsgesetzgebung zu beseitigen suchen. Ferner wird sie zur Gründung von Stromkassen schreiten. Die Einnahmen der Schiffahrtsabgaben wird sie zur Verbesserung der Wasserstraßen verwenden, deren Verkehr die Einnahmen geliefert hat. Um den Ausbau zu fördern, wird die Bildung von Zweckverbänden der beteiligten Schiffahrtsstraßen in der Weise vorgeschlagen, daß die Einnahmen aus den Schiffahrtsabgaben des ganzen Stromgebietes, ohne Unterschied, um welchen Staat es sich handelt, zur Befriedigung der gemeinsamen Strombedürfnisse verwendet werden. Preußen wird die großen Mittel, die ihm aus seinem weitaus bedeutendsten Stromanteile zufließen, zu gemeinsamen Zwecken des Fortschrittes der deutschen Schiffahrt zur Verfügung stellen. (Hört! hört!) Die Regierung glaubt dadurch den nationalen Interessen auf dem Gebiet des Wasserstraßenbaues wirklich zu dienen und neue Bande der Gemeinschaft innerhalb des Verkehrswesens zu knüpfen. Es ist ein Gedanke, nicht unähnlich demjenigen, der vor 7 Jahrzehnten zur Bildung des deutschen Zollvereins geführt hat. Wir hoffen bei der Lösung der Aufgabe auf bundesfreundliches Entgegenkommen. Wir lassen uns nicht von fiskalischen, sondern nur von großzügigen Gesichtspunkten leiten. (Beifall.) Die Frage im Wesergebiet ist gelöst. Der Rhein bereitet noch Schwierigkeiten, ebenso die Elbe.

Abg. **v. Arnim** (konf.): Wir wollen Schiffahrtsabgaben nur zur Verbesserung der Ströme, aber nicht zur Erhöhung der Staatseinnahmen. Eine bessere Ausgestaltung des Dortmund-Emskanals ist erwünscht, aber nicht eine Vergrößerung des Rhein-Hernekanals.

Abg. **Herold** (Ztr.): Wir sind für Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Strömen zu haben.

Abg. **Brömel** (frs. Vgg.): Die Erklärungen des Ministers können die Grundlage zu einer Verständigung auf dem Gebiete der Schiffahrtsabgaben bilden. Der Redner fragt an, ob die Stromkassen auch durch Kapitalien aus der Vergangenheit belastet werden sollen, und ob das Stromgebiet bei Gründung der Kassen auf sich selbst angewiesen sein oder ob der Staat noch weitere Zuschüsse zu den Verbesserungen liefern soll.

Minister **Breitenbach:** Die Frage, ob die Stromkassen durch Kapitalien der Vergangenheit belastet werden sollen, ist strittig. Aber an der Lösung dieser Frage werden die Verhandlungen nicht scheitern. Die weitere Frage, ob das Stromgebiet bei Gründung der Kassen auf sich selbst angewiesen sein soll oder ob der Staat noch weitere Zuschüsse zu den Verbesserungen liefern soll, wird nach der Leistungsfähigkeit ganz individuell behandelt werden.

Abg. **Dr. Hirsch-Essen** (natl.) ist mit den Erklärungen des Ministers im allgemeinen einverstanden. Auf die Anfrage des Redners erwidert

Minister **Breitenbach:** Die Regierung lehne eine Vergrößerung des Rhein-Herne-Kanals ab. Eine Frage, die erst vor ein paar Jahren durch ein Kompromiß der Parteien gelöst sei, solle man nicht schon wieder aufrollen. (Beifall.)

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.): Wenn man die Vergrößerung des einen Kanals fordert, kommt nur zu leicht die Grundlage der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802072-15/fragment/page=0001

ganzen wasserwirtschaftlichen Vorlage ins Schwanken. (Sehr richtig! rechts.) Für andere Kanäle wird man Aehnliches fordern. (Sehr wahr! rechts.) Erfreulich an der Erklärung des Ministers ist die Betonung, daß nicht fiskalische, sondern wirtschaftliche Interessen maßgebend sein werden. So habe ich auch die Erklärung der Konservativen aufgefaßt. (Sehr richtig! rechts.) Bis zur endgültigen Regelung der Schiffahrtsabgaben dürfen aber nicht alle Stromentwässerungen zurückgestellt werden. Möge die Schiffahrtsabgabenfrage bald unter voller Wahrung der Verfassung gelöst werden. (Beifall.)

Abg. **Schmieding** (nl.): Die Konservativen sollten nicht immer nur auf die ungenügende Verzinsung der Meliorationen am Dortmund-Ems-Kanal hinweisen, sondern auch bedenken, daß die Dinge am Rhein, Weichsel und Elbe ähnlich, wenn nicht schlimmer liegen. Die Forderung, daß die Rheinflotte auch die künstlichen Wasserstraßen befahren soll, liegt durchaus auch im fiskalischen Interesse.

Die Besprechung schließt. Eine Petition der Fischerinnung zu Weißenfels um Ermäßigung der Schiffahrtsabgaben für Fischerkähne auf der Saale und Unstrut, insbesondere für den Durchgang durch die Beudittschleuse, wird als Material überwiesen.

Die Einnahmen werden bewilligt. Bei den Ausgaben eröffnet die allgemeine Besprechung.

Abg. v. Pappenheim (kons.): Die Mosel- und die Saarkanalisation ist zurzeit kaum diskutabel. Anders steht es mit dem masurischen Kanal, der im wesentlichen Meliorationszwecke hat. Die heutige Erklärung des Ministers in der Schiffahrtsabgabenfrage hat erfreuliche Klarheit geschaffen. Auch wir wollen die Schiffahrtsabgaben nicht zu fiskalischen Zwecken. Zur Erfüllung der landeskulturellen Aufgaben werden wir auch künftig gern die nötigen Ausgaben bewilligen. Dem Fortschritt ist also freiere Bahn geschaffen. Die Abgg. Hirsch und Schmieding sollten in ihrem eigenen Interesse an der Kanalvorlage nicht rütteln. Ohne Aenderung des Gesetzes kann eine Erweiterung eines einzelnen Kanals selbst dann nicht vorgenommen werden, wenn die Mittel reichen sollten. Hinsichtlich des Dortmund-Ems-Kanals können wir sagen: „Ich habe schon so viel für dich getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt." (Sehr gut! und Heiterkeit.) Aber wir haben hier A gesagt und halten nun auch mit dem B nicht zurück, obwohl es uns von Jahr zu Jahr saurer wird. Bei der Entwickelung Emdens sind wir uns der großen Schwierigkeiten bewußt. Aber nationale Erwägungen spornen uns an. Die dort entstehende junge Industrie, namentlich die Werften, fordern sorgfältige Pflege. Unsere Techniker aber mögen die reichen Mittel auch des vorliegenden Etats richtig verteilen. Vielleicht wird Emden dereinst noch ein Stützpunkt für unsere Marine. (Lebh. Beifall.)

Abg. **Möchling** (nl.) tritt für Kanalisierung der Mosel und Saar ein.

Abg. **Hirsch**-Essen (nl.) befürchtet von der Mosel- und Saarkanalisierung eine Schädigung der rheinisch-westfälischen Industrie.

Minister **Breitenbach**: Die Mosel- und Saarkanalisierung war von jeher umstritten. Weitere Erhebungen finden statt. Hoffentlich lassen Lothringen und Luxemburg Entgegenkommen nicht vermissen.

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.) begrüßt den bevorstehenden Bau des masurischen Kanals und empfiehlt Schiffbarmachung des oberen Pregels. Die Weichsel- und Nogatregulierung werde durchgreifenden Nutzen erst schaffen, wenn Rußland Entsprechendes leiste.

Minister **Breitenbach** betont, die jetzt zur Schiffbarmachung des oberen Pregels geforderten Mittel gelten nur der Untersuchung der Frage, wie diese Schiffbarmachung am besten durchzuführen sei.

Abg. **Viereck** (freikons.) warnt vor einem Rütteln an der wasserwirtschaftlichen Vorlage und bittet, Mosel- und Saarkanalisierung vorläufig auszuschalten. Hinsichtlich der vom Redner herangezogenen Netzeregulierung versichert

Unterstaatssekretär **v. Coels**, die hier entgegenstehenden Schwierigkeiten seien jetzt so gut wie überwunden.

Abg. **Zindler** (kons.) bedauert die Verschleppung dieser dringend notwendigen Melioration.

Abg. **Lotz** (Hosp. d. Freikons.) bedauert die Verzögerung in den Durchschnitten an der unteren Ems.

Abg. **Jürgensen** (nl.) tritt für einen stärkeren Schutz der Haligen ein.

Minister **Breitenbach** kündigt eine besondere Vorlage an.

Auf Befürwortung des Abg. **Schröder**-Kassel (nl.) sagt Minister **Breitenbach** zu, bei Submissionen den Handwerkerwünschen entgegenzukommen. Das Haus vertagt sich.

Sonnabend 11 Uhr: Kleinere Vorlagen, Fortsetzung des Bauetats. — Schluß 4¼ Uhr.

Deutscher Reichstag.

96. Sitzung vom 6. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Arnim, v. Gebsattel.

Die Beratung des Militäretats wird fortgesetzt.

Abg. **Werner** (Reformp.) spricht wie alljährlich für die Besserstellung der Intendanturbeamten.

Oberstleutnant **Golz** sagt wohlwollende Erwägung zu.

Abg. Dr. **Potthoff** (frs. Vgg.) macht darauf aufmerksam, daß immer noch eine ganze Anzahl von Angestellten bei der Heeresverwaltung sich nicht in einem Beamtenverhältnis befinden und bittet um entsprechende Regelung bei der Gehaltsreform.

Beim Kapitel Militärjustizpflege erörtert Abg. **Grober** (Ztr.) die Ergebnisse der Kriminalstatistik im Heere: Die Soldatenmißhandlungen sind stark herabgegangen; die Zahl der bezüglichen Bestrafungen sind von 770 in 1901 auf 408 im Jahre 1906 gesunken. Angewachsen ist die Zahl der Vorbestraften, offenbar also hat sich der Ersatz verschlechtert. Die Marine ist mehr belastet als das Landheer, bei ihr ist auch die Zahl der Vorbestraften stärker gestiegen. Die Marine hat alle Anlaß, dieser Tatsache ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Erfreulich ist, daß die Militärstrafrechtspflege jetzt vielmehr als früher auf denselben allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen beruht wie die Zivilstrafrechtspflege. Im Anschluß daran empfiehlt Redner eine Resolution Graf Hompesch und Gen. betr. Ausdehnung der Kriminalstatistik für Heer und Marine.

Abg. **Stücklen** (Sozg.) stimmt der Resolution zu. Namentlich, wenn Soldatenmißhandlungen in Frage ständen, sollte niemals die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden. Denn der Vorgesetzte, der so feig ist, einen Wehrlosen zu mißhandeln, hat wegen dieser Feigheit sein Ansehen schon so restlos verloren, daß die Oeffentlichkeit ihm nichts mehr schaden kann. In schroffem Kontrast steht die relative Milde gegenüber angeklagten Offizieren zu der Strenge gegenüber angeschuldigten Mannschaften.

Generalleutnant **Sixt von Arnim**: Auch die Militärverwaltung hat aus der Kriminalstatistik mit Freuden festgestellt, daß die Soldatenmißhandlungen zurückgegangen sind. Das beweist, daß die Worte des Kriegsministers nicht Worte geblieben sind. Die vorgetragenen Fälle des Abg. Stücklen sind für mich im Augenblick unkontrollierbar. Um mich darüber zu äußern, müßte ich die Akten genau kennen. (Sehr richtig! rechts.) Bei den Subordinationsvergehen richtet sich das Vergehen gegen die Dienstautorität, die die Grundlage für jede militärische Organisation ist. Darum müssen diese besonders streng bestraft werden.

Abg. **Wagner** (kons.): Auch wir verurteilen die Soldatenmißhandlungen. Aber ein Urteil über die einzelnen Fälle kann man erst gewinnen, wenn man die Verhandlungen kennt, das ganze Verfahren selbst mitmacht. Es wäre alles besser, wenn nicht gerade die Lust und Liebe zum Soldatenstande von Ihnen (zu den Sozg.) untergraben würde! Wer hat denn den Haß gegen den Militarismus großgezogen? Sie! Von Ihnen wird die Dienstfreudigkeit künstlich untergraben. Der Resolution des Zentrums werden meine Freunde zustimmen.

Abg. **Roth** (wirtsch. Vgg.) beklagt sich über mannigfache Zurücksetzungen der Militärbeamten gegenüber den Offizieren. Die Stellung der oberen Beamten müsse eine bessere, eine gehobenere werden.

Abg. **Stücklen** (Sozg.): Dem Abg. Wagner gebe ich zu, daß Unvollkommenheiten immer und überall vorkommen. Aber, wenn Dinge, wie ich sie vorgetragen habe, sich immer und immer wiederholen, da muß es doch an der nötigen Aufsicht fehlen. Herr Wagner wirft uns Sozialdemokraten vor, daß wir den Mannschaften die Dienstfreudigkeit nehmen. Das haben wir ja schon oft gehört. Aber wenn solche Dinge im Militär vorkommen, so sind nicht wir es, die den Militarismus bekämpfen, sondern es ist der Militarismus selbst, der den Leuten die Dienstfreudigkeit nimmt.

Abg. **Stadthagen** (Sozg.) trägt einen Fall in Stolp vor, um daraus zu beweisen, mit welcher Befangenheit vor den Militärgerichten vorgegangen werde. In dem betr. Falle sei das Vorgehen gegen einen Gendarmen abgelehnt worden, der an einem Arbeiter zum Mörder geworden sei. Der Fall zeige wieder, daß Gendarmen überhaupt vor die ordentlichen Gerichte kommen müßten und nicht den Militärgerichten unterstellt werden dürften.

Generalleutnant **Sixt von Arnim**: Der Fall wird untersucht werden. Aber weshalb wendet sich der Herr Abgeordnete nicht vorher an uns, daß wir uns über die Sache unterrichten können? Auf die Ausfälle des Vorredners im allgemeinen gegen Militärgerichte und Armee gehe ich nicht ein, um so weniger, als mir nicht die Tonart des Vorredners zur Verfügung steht.

Abg. **Grober** (Ztr.) vertritt nochmals die Resolution seiner Fraktion, namentlich das Verlangen nach einer Statistik über die Fälle von Ausschluß der Oeffentlichkeit bei militärgerichtlichen Verhandlungen.

Die Debatte schließt und die Zentrums-Resolution wird angenommen.

Mit der Beratung des Kapitels „Höhere Truppenbefehlshaber" wird die Beratung eines Titels für Offiziere in besonderen Stellungen verbunden. Hier ist an dem „Aggregiertenfonds" von der Kommission ein Abstrich vorgenommen worden, von 489 000 auf 252 000 Mark. Außerdem sind zwei Armeeinspektionen aus dem Pauschquantum herausgenommen und etatisiert worden in dem Kapitel „Höhere Truppenbefehlshaber".

Abg. **v. Elern** (kons.) empfiehlt als Referent die Beschlüsse, beantragt dagegen als Abgeordneter die Wiedererhöhung des Aggregiertenfonds. Werde dieser nicht ausreichend dotiert, würden nicht die von der Regierung geforderten 200 Stellen für Offiziere in besonderer Stellung bewilligt, sondern nur die von der Kommission beantragten 120 Stellen, so könne es kommen, daß dem infolge von Erkrankungen von Hauptleuten, Majors usw. entstehenden vorübergehenden Bedürfnisse nicht voll genügt werden könne. Es würden dann auch die Versetzungen von einem Truppenteil zum andern in unliebsamer Weise zunehmen müssen.

Abg. **Erzberger** (Ztr.) bekämpft den Antrag v. Elern und Gen. Was nütze die vom Reichskanzler versprochene „Sparsamkeit" auch beim Militär", wenn das Haus gleich hier den Kommissionsbeschluß umstoße. Ein Zwiel beim Aggregiertenfonds erhöhe auch gerade wieder den Einfluß des Militärkabinetts.

Abg. **Südekum** (Sozg.) widerspricht ebenfalls dem Antrage v. Elern und erklärt, besonders neugierig darauf zu sein, wie die Freisinnigen, die ja den Antrag mitunterschrieben hätten, dies motivieren würden.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (wirtsch. Vgg.) empfiehlt den Antrag zur Annahme.

Inzwischen ist ein Antrag **Graf Hompesch** eingegangen auf namentliche Abstimmung über den Antrag v. Elern u. Gen.

Abg. **Graf Oriola** (nl.) tritt namens seiner Fraktion für den Antrag v. Elern ein. Mit Recht habe der Antragsteller hingewiesen auf die sachlich-nachteiligen übermäßigen Versetzungen, die die Folge einer Verkürzung des Aggregiertenfonds sein würden. Hier sei Sparsamkeit am falschen Orte. Es handelt sich bei dieser ganzen Frage nur um kaum 60 000 Mark.

Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.) tritt ebenfalls für den Antrag von Elern als Mitunterzeichner ein und erklärt, die ganze Sache sei unnötig von den Gegnern aufgebauscht. Er selbst habe übrigens schon in der Kommission für volle Bewilligung der geforderten Summe gestimmt, ein Teil seiner Freunde habe sich allerdings in der Kommission durch die Erzbergerschen Gründe bestimmen lassen, sich aber inzwischen überzeugt, daß die Sache ohne Not politisch aufgebauscht sei.

Generalleutnant **Sixt von Arnim** bittet um Annahme des Antrages v. Elern. Für ihn sei es zweifellos, daß bei Kürzung des Aggregiertenfonds Mehrausgaben an anderen Stellen unausbleiblich sein müssen. Der finanzielle Erfolg, den man von dem Abstrich erhoffe, werde also nicht eintreten. Weiter müsse er betonen, daß die Heeresverwaltung ein dringendes Interesse habe, ein paar Stellen mehr über den Etat hinaus besetzen zu können, wie das auch in anderen Ländern der Fall sei! Es liege das namentlich auch im Interesse der Mobilmachung.

Abg. **Erzberger**: Von einem Interesse der Mobilmachung ist uns in der Kommission nichts gesagt, doch ist vielmehr immer nur von dem Interesse an besserer Beförderung gesprochen worden!

Generalleutnant **Sixt von Arnim** bezieht sich noch auf die Erklärungen des Kriegsministers in der Kommission.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **Neumann-Hofer** (frs. Vp.), Frhr. **v. Richthofen** (kons.) und **Südekum** (Sozg.) schließt die Besprechung. Die namentliche Abstimmung über den Antrag v. Elern findet wie üblich erst in der nächsten Sitzung statt.

Eine Reihe von Titeln wird nach unerheblicher Erörterung bewilligt.

Freitag: Fortsetzung.

Schluß nach 6 Uhr.

Ausland.

Frankreich. In der Sitzung des Ministerrats am 6. d. M. teilte der Minister des Aeußeren, Pichon, mit, daß die russische Regierung die Ernennung des Admirals Touchard zum Gesandten in Petersburg gutgeheißen habe. Der frühere Gesandte Bompard wurde zum Großoffizier der Ehrenlegion ernannt.

Die Senatskommission zur Prüfung des von der Kammer angenommenen Arbeiter-Pensionsgesetzentwurfs beschloß, die Regierung aufzufordern, eine neue Vorlage einzubringen, da der Kammerentwurf, welcher die Beitragsleistung des Staates mit 100 Millionen Francs ansetzt, von unrichtigen Voraussetzungen ausgehe. Die Senatskommission veranschlagte die Belastung des Staates durch die Arbeiterpensionskasse auf 600 bis 800 Millionen Francs.

Im Senat wurde am Donnerstag die Debatte über den Gesetzentwurf betreffend die Verkürzung der Uebungen für Reserve und Landwehr fortgesetzt. Die einzelnen Paragraphen, welche für die Reserve zwei Perioden von 23 beziehungsweise 15 Tagen, für die Landwehr eine neuntägige Uebung festsetzen, wurden angenommen.

Marokko. Nach einem Telegramm aus Paris meldet General d'Amade, daß die Schützenkolonne und die Küstenabteilung am Mittwoch nach dem Gefecht vom 2. Februar südwestlich von Dar Ber Reschid vorgerückt sind. Die Kavallerie und eine Guma-Abteilung haben die feindlichen Vorposten zurückgedrängt, doch wurde das Biwak gegen 1 Uhr mittags von starken feindlichen Kräften angegriffen, die waren jedoch leicht abzuweisen und zogen sich mit anscheinend erheblichen Verlusten in der Richtung auf Settat zurück. Französischerseits waren fünf Leichtverwundete.

Der französische Minister Pichon verlas in der Sitzung des Ministerrats am 6. cr. ein Telegramm aus Marokko, das besagt, daß die Gesamtlage seit der letzten Kammerdebatte weder in militärischer noch in diplomatischer Hinsicht sich geändert habe. Die Regierung halte sich streng innerhalb der Grenzen der von der französischen Kammer angenommenen Tagesordnung. Es habe sich kein Zwischenfall ereignet, der dahin ausgelegt werden könne, daß er eine andere Haltung hervorrufen würde. Es sei absolut unrichtig, daß die Mobilisierung eines Kolonialarmeekorps für Marokko erwogen wurde.

Aus Nah und Fern.

Im Suezkanal ist bei Kilometer 14 ein Kran versunken. Die Schiffahrt ist unterbrochen.

Diebesbande. Der Kriminalpolizei in Kassel gelang es, eine aus sieben Köpfen bestehende Diebesbande zu verhaften, die monatelang Kassel und Umgebung unsicher gemacht hatte. Ein ganzes Warenlager von gestohlenen Sachen wurde beschlagnahmt.

Tödlich verunglückt. In Haspe ist ein Bäckergeselle beim Radeln tödlich verunglückt.

Familientragödie. Der Schlächter Adolf Müller in Weißensee bei Berlin versuchte seine Ehefrau, seine Kinder und sich selbst durch Leuchtgas zu vergiften. Es gelang jedoch, die Kleinen zu retten, während die Eltern in Lebensgefahr schweben.

Nach dem Streik. Die Ratskommer des Gerichtshofs in Mailand beschloß nach vierwöchiger Untersuchung, alle jene Karabinieri und Schutzmänner, die anläßlich des Gasarbeiterstreiks auf die Arbeiter geschossen hatten, freizusprechen, weil es sich um Notwehr gehandelt habe, dagegen gegen die Arbeiter, die mit Steinen geworfen haben, die Anklage wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zu erheben.

Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange war der Tagelöhner Feile in München zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, die er jetzt abgesessen hat. Kürzlich gelang es, den wirklichen Täter zu ermitteln. Darauf wurde ein neues Verfahren eingeleitet, das am 5. cr. mit der Freisprechung Feiles endete.

Das Feuerwasser im Parlament. Aus Paris schreibt man: Nach dem Weisheitsspruche des verewigten Wilhelm Busch: Wer Sorgen hat, hat auch Likör! müßte der radikalsozialistische Abgeordnete und frühere französische Marineminister Pelletan der sorgenbelastetste Parlamentarier des Kontinents sein, denn er hat während einer dreistündigen Rede in der Kammer einen Rekord ganz eigener Art aufgestellt. Um sich zu seiner donnernden Philippika wider den Deputierten Amiond, einen hartnäckigen Gegner der Einkommensteuer, zu begeistern, vertilgte er während des genannten Zeitraumes auf der Tribüne und vor versammelten parlamentarischen Kriegsvolk eine Grogquantität, die von den bescheidensten Rechnern auf 18, von den unbescheidensten auf sieben und schreibe siebenundzwanzig Gläser des ostpreußischen Maitranks bezifiert wird. Alle Achtung! Kein Wunder, daß er schließlich ins Feuer geriet und seine sonst schon beredte Gebärdensprache gelegentlich ins Groteske überschlug; kein Wunder auch, daß er die Rede nicht fertigkriegte, so daß für die Fortsetzung vom Pächter des Parlaments-Büfetts umfassende Vorbereitungen getroffen werden mußten, damit dem Redner während der weiteren Ansprache der Stoff nicht ausgehe. In Belgien hat man mit Rücksicht auf die frühere starke Belastung des Parlamentsbudgets durch den Durst der Volksvertreter, von denen der gefährlichste es auf 15 Kognaks während der meist sehr kurzen Sitzungen brachte, das Feuerwasser aus den heiligen Hallen des Palais National ganz verbannt und durch die minder begehrte sanfte Limonade ersetzt. Im Palais Bourbon, wo die Menschenrechte täglich verteidigt werden, ist eine so rücksichtslose Beschränkung der persönlichen Freiheit nicht zu befürchten. Lieb Pelletan, kannst ruhig sein! —

Provinz Sachsen und Umgebung.

= **Löbejün**, 6. Februar. (Tierschau.) Vom landwirtschaftlichen Verein Löbejün wird hier, wie früher schon einmal mitgeteilt, am 21. Mai d. Js. eine Tierschau veranstaltet, mit welcher die Kreisbullenschau des Saalkreises verbunden werden soll. Zugelassen werden sämtliche Haustiergattungen. Als Ausstellungsplatz hat Herr Fabrikbesitzer Dr. Brumme seinen Fabrikhof und Garten zur Verfügung gestellt, so daß ausreichend Platz für Maschinen und Geräte sowie schattige Stände für die Tiere vorhanden sind. Zum Wettbewerb sollen sämtliche Züchter des Saalkreises und der angrenzenden Kreise zugelassen werden. Letzter Anmeldetermin ist der 15. April 1908.

— **Barby a. Elbe**, 6. Febr. (Die Beisetzung Konstantins v. Diebes.) Vorgestern fand hier die Beisetzung des Rittmeisters d. L. Konstantin v. Diebe, des Sohnes des Königl. Amtsrates Adolf v. Diebe, statt. Von dem Kaiser war ein herzliches Beileidsschreiben sowie ein Kranz, letzterer durch den Grafen von Douglas, welcher auch der Trauerfeier beiwohnte, überbracht worden. Das Offizierskorps der Magdeburger Garnison hatte ebenfalls einen Kranz gesandt. Ein sehr zahlreiches Trauergefolge, in welchem eine Anzahl höherer Offiziere und ehemaliger Regimentskameraden des Verstorbenen sich befanden und welchem die hiesigen Kriegervereine sowie fast die ganze Bewohnerschaft der hiesigen Stadt sich angeschlossen hatten, folgte dem Sarge des Verstorbenen. Der trauernde Vater vollendet heute sein 84. Lebensjahr.

— **Weimar**, 5. Febr. (Der Landtag) des Großherzogtums Sachsen-Weimar verwies gestern eine Mitteilung der Regierung über Erhöhung der Krankenunterstützungen der forstwirtschaftlichen Arbeiter an den Finanzausschuß. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete ein Abänderungsentwurf zum Einkommensteuergesetz vom 2. Juni 1897. Die Abänderung betrifft vornehmlich die Zusammenlegbarkeit des Einkommens von Familienangehörigen, steuerpflichtige Erbschaften und einige abzugsberechtigte Einkommen. Nach längerer Debatte wurde der Entwurf an einen Ausschuß verwiesen. In der Diskussion wurde wiederholt die mögliche Finanzlage des Reiches gestreift.

*

Allerlei aus der Provinz und den angrenzenden Staaten.

An Stelle des verstorbenen Konsistorialrats Bär in Wegeleben wurde Oberprediger Fenger gewählt. — Die im Herbst stattfindende Hauptversammlung des Lehrervereins für die Provinz Sachsen wird nach Magdeburg eingeladen werden. — Die oberhalb des Bahnhofes Gräfenhainichen gelegene Drahtweberei von Franz Wittmann ist vollständig niedergebrannt. — Der im Ermfurter städtischen Krankenhause angestellte Krankenwärter Steinbrück wurde verhaftet, weil er mehrfach Kranke und Angestellte im Krankenhause bestohlen haben soll. — In Erfurt glitt eine Arbeiterfrau aus und fiel mit ihrem zweijährigen Kinde, das sie auf dem Arme trug, auf einen gefrorenen Schneehaufen. Das Kind erlitt eine Gehirnerschütterung und starb. — Die Errichtung des zweiten städtischen Elektrizitätswerkes wurde von den Leip-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802072-15/fragment/page=0002

ziger Stadtverordneten beschlossen. — In Chemnitz wurde ein 26jähriger Zigarrenfabrikant aus Friedrichsgrün festgenommen, welcher versuchte, in einem dortigen Bankgeschäfte einen gefälschten Wechsel über 640 Mark zu versilbern. — In Leipzig sind die Schuhmachergehilfen in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern statt eines Stundenlohnes von 38 Pfennigen einen solchen von 45 Pfennigen. Es werden etwa 1100 Geschäfte und selbständige Schuhmacher betroffen. — In Meiningen brach in der Wohnung des Tagelöhners Tappert Feuer aus. Hierbei verbrannte ein zweijähriger Knabe, während sein fünfjähriger Bruder fast erstickt aufgefunden wurde. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. — Das Schwurgericht in Meiningen verurteilte den Landwirt Elias Erdenbrecher aus Streufdorf wegen wissentlichen Meineids zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. — Die Bahnstrecke Wurzbach—Lobenstein wird am 15. Februar eröffnet. — Der Flügeladjutant des Herzogs von Sachsen-Meiningen, Oberst Wilhelm von Kutzleben, ist nach längerem Leiden in Meiningen gestorben. — Das Geraer Schwurgericht verurteilte den Bäckermeister Matthes aus Schwaara wegen Falscheides zu sechs Monaten Gefängnis und den Dachdeckermeister Krieg aus Zwötzen wegen Verleitung dazu zu zwei Jahren Zuchthaus. — In Zeulsdorf wurde der Landwirt Neumeister unter dem Verdacht verhaftet, das Feuer in seinem Anwesen, das kürzlich niederbrannte, selbst angelegt zu haben.

Hallesche Nachrichten.

Halle a. S., den 7. Februar.

— Bevölkerungsstatistik der Stadt Halle a. S. Aus dem neuesten Heft der Monatsberichte unseres statistischen Amts heben wir folgende Mitteilungen über die Hauptergebnisse des Jahres 1907 hervor: Unsere Stadt hatte am 1. Januar 1907 84 810 männliche und 89 313 weibliche, zusammen 174 123 Einwohner. Die Bevölkerungszahl stieg bis zum 1. Januar 1908 auf 86 951 männliche undd 91 020 weibliche, zusammen 177 971 Personen. Die Zunahme betrug demnach 3848 = 2,2 Proz. Insgesamt hat sich die Bevölkerung seit dem 1. Januar 1901 um 13,6 Proz. vermehrt. In dem Verhältnis der Geschlechter ist seit dieser Zeit keine nennenswerte Verschiebung eingetreten.

Lebend geboren wurden im Jahre 1907 2644 Kinder männlichen und 2495 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 5139, im Vorjahre 5182. Größer als dieser Rückgang der absoluten Zahl ist, da ja die Gesamtbevölkerung zugenommen hat, die Abnahme der relativen Geburtsziffer, die in den letzten Jahren schon ununterbrochen zurückgegangen ist. Auf 1000 der mittleren Bevölkerung (176 047) kommen im Berichtsjahre nur 29,2 Geburten, 1906 dagegen 30,1 und 1901 35,1, d. i. also in den sieben Jahren ein Rückgang um fast sechs. Lassen wir die 390 hier geborenen Kinder ortsfremder Mütter außer Betracht, wodurch wir erst ein richtiges Bild der Geburtenhäufigkeit in Halle erhalten, und zählen wir zu den 4749 einheimischen Lebendgeborenen die 115 einheimischen Totgeborenen, so ergeben sich 4864 Geborene und eine Geburtsziffer von 27,6. Ein Geburtenrückgang zeigt sich allgemein im Deutschen Reiche und überhaupt bei fast allen Kulturvölkern. Totgeburten waren 138 = 2,6 Proz. der Gesamtgeburten zu verzeichnen, 1906 waren es 163 = 3,0 Proz. Uneheliche Kinder waren 895 = 17,4 Proz. Das Berichtsjahr hebt sich mit dieser Ziffer sehr ungünstig hervor, denn während der 6 Vorjahre schwankte diese Ziffer zwischen 15,0 (1901) und 16,5 (1904). Dieses ungünstige Ergebnis ist lediglich auf die einheimischen Geburten zurückzuführen. Von ortsfremden Müttern wurden 111 eheliche und 279 uneheliche Kinder geboren. Zieht man diese Zahlen von den Gesamtzahlen ab, so bleiben 4133 eheliche und 616 uneheliche, insgesamt 4749 Kinder einheimischer Mütter. Unter den Geburten des Jahres 1907 befanden sich 61 Mehrgeburten, 60 Zwillingsgeburten und 1 Drillingsgeburt (1906: 53 bezw. 1).

Die Zahl der Eheschließungen betrug 1480 (1906: 1414), mithin 66 mehr als im Vorjahre. Auf 1000 der mittleren Bevölkerung entfielen 8,4. Damit hat sich die seit dem Jahre 1902 (7,5) beobachtete Zunahme der Eheschließungen auch im Berichtsjahre weiter fortgesetzt. In 1332 Fällen = 90,0 Proz. (1906: 90,3 Proz.) der Gesamtzahl waren beide Ehegatten evangelisch, in 27 = 1,8 (1,5) Proz. beide katholisch, in 8 = 0,5 (0,4) Proz. beide mosaisch; in 1 Falle = 0,1 (0,2) Proz. gehörten beide Ehegatten keiner der genannten Konfessionen an; die übrigen 112 = 7,6 (7,6) Proz. waren Mischehen. Von den Männern waren ledig 1296 = 87,6 Proz. (1906: 87,4 Proz.), verwitwet 142 = 9,6 (9,3) Proz. und geschieden 42 = 2,8 (3,3) Proz. Von den Frauen waren ledig 1358 = 91,8 (90,8) Proz., verwitwet 78 = 5,2 (5,4) Proz. und geschieden 44 = 3,0 (3,8) Proz. Es hat also die an sich größere Zahl der heiratenden Witwer weiter zugenommen, die der Witwen abgenommen; dann ist auch ein gerin ergngRgaück8)a)tzm,mZsi, 34ja6) waGga ch sssi ,?„=:" ringer Rückgang der Eheschließungen sowohl geschiedener Männer als auch geschiedener Frauen zu verzeichnen. Von den Männern, die heirateten, waren 1 Proz., von den Frauen 10,2 Proz. noch nicht 20 Jahre alt. Die Hauptzahl der Eheschließungen entfällt auf das Alter von 20—30 Jahren, bei den Männern 75,4 Proz., bei den Frauen 75,1 Proz. Ueber 60 Jahre waren 14 Männer und eine Frau alt, als sie heirateten.

Gehaltszahlung während der Urlaubszeit.

Eine Verkäuferin aus Leipzig war anderthalb Jahre lang in einem hiesigen Weißwarengeschäft als erste Verkäuferin für ein Monatsgehalt von 150 Mark tätig gewesen. Ende Januar d. Js. wurde das Verhältnis ordnungsmäßig gelöst. Bei der letzten Gehaltszahlung ergaben sich aber Differenzen, weil der Prinzipal für die Zeit von sechs Tagen, in der die Verkäuferin nach Leipzig zu ihrer kranken Mutter beurlaubt gewesen sein will, 30 Mark vom Gehalt einbehielt. Vor dem hiesigen Kaufmannsgericht gab die Verkäuferin an, sie habe auf die Nachricht von der schweren Erkrankung ihrer Mutter den Chef um Urlaub gebeten. Auf seine Frage: „Wie lange denken Sie zu bleiben?" habe sie geantwortet: „Ja, das weiß ich nicht! Meine Mutter ist schwer krank und braucht dringend Aushilfe, da sie abvermietet. Sie können mir ja eventuell die Zeit vom Gehalt abziehen." Der Chef habe erwidert: „Nein, Ihnen ziehen wir nichts ab! Fahren Sie schnell, aber schreiben Sie mal!" — Der beklagte Prinzipal versicherte dagegen, er habe der Verkäuferin allerdings die Erlaubnis gegeben, am betreffenden Tage nach Leipzig zu fahren, aber nur für den Nachmittag. Im Januar gebe er überhaupt keinen Urlaub, geschweige denn unbegrenzten. Auf die Bemerkung der Verkäuferin, er möge ihr die Zeit eventuell vom Gehalt abziehen, habe er nicht erwidert, das wolle er nicht tun, sondern nur gesagt: „Das kann mir nichts nützen! Ich brauche Sie jetzt zu nötig." Er habe damals auch nicht recht an die Erkrankung der Mutter geglaubt, bestreite sie jedoch jetzt nicht mehr. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß gerade der vorliegende Fall sich ganz besonders für die eigentliche Aufgabe der Kaufmannsgerichte eigne, nämlich gütliche Einigungen zustande zu bringen und die Gegensätze zwischen Prinzipal und Angestellten auf friedlichem Wege auszugleichen. Schwere Erkrankung einer Mutter verdiene doch wohl Berücksichtigung. Auch gehe nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Angestellte seiner Ansprüche nicht verlustig, wenn er für verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden in seiner Dienstleistung behindert wird. Diese Voraussetzungen dürften hier wohl gegeben sein. Der beklagte Chef weigerte sich jedoch, auf einen Vergleich einzugehen. Es handle sich für ihn um eine Prinzipienfrage: er werde sich durch Nachgeben etwas vergeben, da die Darstellung der Klägerin falsch sei. Er sei eventuell bereit, die Wahrheit seiner eignen Angaben durch Eid zu bekräftigen. Der Vorsitzende erwiderte, in dem Streit um eine so geringfügige Summe lohne es sich doch wohl nicht, noch den Apparat einer Eidesleistung in Szene zu setzen. Kläger bemerkte, er schwöre eventuell um einen Pfennig, wenn er es prinzipiell für geboten erachte. Schon schien Vertagung der Verhandlung behufs weiterer Beweiserhebung nötig zu werden, als sich der Streit doch noch durch Vergleich löste. Klägerin gab sich mit der Hälfte ihrer Forderung, also mit 15 Mark, zufrieden. Vom Gesichtspunkte der prinzipiellen Rechtsfrage aus wäre freilich ein Urteil von größerem Interesse gewesen.

Letzte Telegramme.

Berlin, 7. Februar. In der Stadtverordnetensitzung kam es gestern bei der Beratung der Magistratsvorlage betr. Bewilligung von 20 000 Mk. für Februar und März zur Speisung bedürftiger Kinder zu so stürmischen Auftritten, daß die Verhandlung auf eine Viertelstunde vertagt werden mußte. Der Antrag wurde angenommen.

Berlin, 7. Februar. Dem „Berl. Lokalanz." zufolge ist der Postagent Braun in Hoptrup nach großen Unregelmäßigkeiten flüchtig geworden.

Lissabon, 6. Februar. Unrichtig ist es, daß Franco bei der Königin-Mutter und dem jungen Könige in Ungnade gefallen ist. Die Königin hat vielmehr in der Abschiedsaudienz Franco von aller Schuld an der Katastrophe entlastet und ihn der Dankbarkeit des jetzigen Königs versichert.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

C. T. C. Vom Stahlwerksverband. Wie der Düsseldorfer „G.-A." gegenüber anders lautenden Blättermeldungen erfährt, ist als sicher anzunehmen, daß die Versandziffern des Stahlwerksverbandes im Januar sowohl in Formeisen als auch in Halbzeug nicht unwesentliche Steigerungen gegen Dezember aufweisen. Irgendwelche Aussichten auf Preisermäßigungen beständen nicht. Vorschläge dazu seien auch nicht gemacht worden.

—y. **Elektrochemische Werke, G. m. b. H., in Berlin.** In der Generalversammlung der Gesellschaft, die Fabriken in Bitterfeld und Rheinfelden besitzt, wurde die Dividende für 1907 auf 9 Proz. wie im Vorjahre festgesetzt. Dem Amortisationsfonds sind wieder 500 000 Mk. aus dem Gewinn zugeführt worden, so daß dieser Fonds jetzt 4½ Millionen beträgt.

W. T. B. Der Aufsichtsrat der Westdeutschen Jutespinnerei und Weberei beschloß, der Generalversammlung die Zahlung einer Dividende von 7½ % gegen 7 % im Vorjahr vorzuschlagen.

—y. **Dividenden bei Großbanken.** Die Bilanzsitzung der Nationalbank für Deutschland findet bekanntlich am 18. Februar statt. Das Institut wird, wie schon angedeutet, diesmal nur eine um 1 oder sogar um 1½ Proz. geringere Dividende als im Vorjahre verteilen können. Man darf aber die Erwartung aussprechen, daß in Zukunft die Gewinne der Bank sich wieder in aufsteigender Richtung bewegen werden. — Am 20. cr. wird die Bilanzsitzung bei der Berliner Handelsgesellschaft stattfinden. Die Dividende wird in unveränderter Höhe wie im Vorjahre mit 9 Proz. in Vorschlag gebracht werden. In den ersten Tagen des März folgen die Bilanzsitzungen bei den anderen Berliner Banken. Die Dividende der Darmstädter Bank wird mit 6 (8) Proz. in Vorschlag gebracht werden. Die Dividenden der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft werden sich unverändert auf dem vorjährigen Niveau von 12 Proz. bezw. 9 Proz. halten. Die Dividende der Dresdner Bank wird mit 7 (8½) Proz. vorgeschlagen werden. Am gleichen Tage wie bei der Dresdner Bank findet beim A. Schaaffhausenschen Bankverein die Aufsichtsratssitzung statt. Man darf annehmen, daß die Dividende des Instituts gegen die Dividende der mit ihr liierten Dresdner Bank kaum differieren wird. Für die Bilanzsitzung der Kommerz- und Diskontobank ist noch kein Tag festgesetzt. Die Dividende wird sich innerhalb der gemeldeten Schätzung von 5½ bis 6 Proz. halten.

W. Wollauktion in London, Donnerstag, den 6. Februar. Wolle fest, bei lebhafter Konkurrenz.

W. Aus Nordamerika. Der in den Bankwirren viel genannte frühere Eisentrustmagnat Morse ist einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" aus New-York zufolge verschwunden.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— Magdeburg, 6. Febr. Getreide und Futtermittel- (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen stetig, englischer und Sommer- gut 210—213 *M.*, mittel —,— *M.* gering bis —,— *M.*, do. Kolben Sommer- gut 221—226 *M.*, do. Rauh- gut —,— *M.*, do. ausländischer gut 235—240 *M.* Roggen stetig, inländischer gut 209—205 *M.*, mittel —,— bis —,— *M.* Gerste flau, hiesige Chevaliergerste gut 180—190 *M.*, mittel —,— *M.*, feinste —,—, hiesige Landgerste gut 172 bis 180 *M.*, mittel —,— *M.*, ausländische Futtergerste gut 150—155 *M.*; feinste über Notiz. Hafer unv., inländ. gut 160 bis 165 *M.*, mittel —,— *M.* Mais unv., runder gut 158—162 *M.*, amerikanischer bunter —,— *M.* Erbsen, hiesige Viktoria gut —,— bis —,— *M.*

L. Hamburg, 6. Februar. Tägliche ausländ. Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats Weizen: Hardwinter II Febr. 224½ *M.*, Rosafé 79 kg schwim. 224 *M.*, Jan./Febr. 220 *M.*, Febr./März 219½ *M.*, Barletta Russo 80 kg Jan. 223 *M.*, Jan./Febr. 219 *M.*, Febr./März 218½ *M.*, La Plata ung. 80 kg Febr./März 217 *M.*, Bluestem Jan. 229 *M.*, Walla Walla Febr. 227 *M.* — Roggen: Südruss. 9 Pud 10/15 Jan./Febr. 214 *M.*, 9 Pud 5 Odessa n. Must. prompt 210½ *M.*, 9 Pud 5/10 Novorossisk Febr. 212 *M.*, Western II Jan./Febr. 214 *M.* — Futtergerste: Südruss. 60/61 kg schwim. 146 *M.*, Febr. 145½ *M.* bz. Febr./Juni 145½ *M.* — Mais: Mixed Febr. bis 15. März gedarrt 146½ *M.*, Febr. bis 5. März 148 *M.*, La Plata April/Mai 140 *M.*, Mai/Juni 139 *M.*, Juni/Juli 139¼ *M.*, Odessa schwim. 147½ *M.*, Febr. 147 *M.*

— Berlin, 6. Febr. **(Berliner Produktenbörse.)** Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 217,00—220,00 *M.* ab Bahn und frei Mühle, Mai —,— bis —,— *M.* Roggen inländ. 205,00 bis 207,00 *M.* ab Bahn und frei Mühle, Mai —,— *M.*, Juli —,— *M.* Hafer, märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. und schles. fein 178,00—188,00 *M.*, mittel 168,00—177,00 *M.*, gering 163,00—167,00 *M.* ab Bahn und frei Wagen. Mais amerik. mixed 175,00—178,00 *M.*, runder 159,00—167,00 *M.* frei Wagen. Gerste, inl. u. ausl. Futtergerste mittel und gering 156,00 166,00 *M.*, gute 167,00—178,00 *M.*, russ. und Donau leichte 152,00 bis 158,00 *M.* ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausl. Futterware, mittel 185,00—193,00 *M.*, feine Futter- und Taubenerbsen 193,00—200,00 *M.*, kleine Kocherbsen —,— bis —,— *M.*, Viktoriaerbsen —,— bis —,— *M.* ab Bahn und frei Wagen. Bohnen weiße kurze —,— bis —,— *M.* lange —,— *M.* Weizenmehl 00 28,25—30,75 *M.* Roggenmehl 0 und 1 26,70—28,30 *M.* Weizenkleie 12,75—13,50 *M.* Roggenkleie 13,00—13,50 *M.* Mittagsbörse: Weizen, inländ. 217,00—219,00 *M.* ab Bahn, Mai 219,00—218,00 *M.*, Juli 218,50—217,50 *M.* Roggen inländ. 205,00—207,00 *M.* ab Bahn, Mai 212,00—212,25—211,75 *M.*, Juli 208,75—208,50 *M.* Hafer Mai 172,50—172,00 *M.*, Juli 173,00—172,50 *M.* Weizenmehl 00 28,25—30,50 *M.* Roggenmehl 0 und 1 26,70—28,30 *M.* Rüböl, Februar 71,90 *M.* Br., Mai 71,70—71,80 *M.*, Oktober 70,80—70,60 *M.*

L. Weltmarkt, Berlin, 6. Febr. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen: Berlin, 755 gr., Mai 219,00, Juli 217,50. Newyork, Red Winter Nr. 2 loko 157,95, Mai 162,69. Chicago Northern I Spring, Mai 150,20, Juli 144,65. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 169,20. Paris Lieferungsware Februar 182,65, Budapest Lieferungsware April 205,70. Odessa Ulka 9 25/30 3—4% Bes. einschl. Bordospesen loko 182,65. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 211,75, Juli 208,50. Odessa 9 10/15 einschl. Bordospesen loko 159,15. Hafer: Berlin 450 gr. Mai 172,00, Juli 172,50. Mais: Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 116,10. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— Berlin, 6. Febr. Kartoffelstärke 24,50—25,00 Mk., Kartoffelmehl 24,50—25,00 Mk., feuchte Stärke 14,50 Mk.

Spiritus.

— Hamburg, 6. Februar. Spiritus fest, Februar 32⅛ G., Februar-März 32⅛ G., März-April 32⅛ G.

— Paris, 6. Februar. Spiritus behauptet, Februar 43,50, März 44,00, Mai-August 45,75, Septbr.-Dezbr. 40,50.

Oele und Oelfrüchte.

— Köln, 6. Febr. Rüböl loko 77,00, Mai 75,50.

— Hamburg, 6. Febr. Rüböl ruhig, loko verzollt 74,00.

— Paris, 6. Februar. Rüböl fest, Februar 92,50, März 90,50, März-April 90,00, Mai-August 83,25.

— Amsterdam, 6. Febr. Leinöl behauptet, loko —, März ——, März-April 23½, Mai ——, Mai-August 22⅝, Sept.-Dezbr. —.

W. Pest, 6. Febr. Raps ruhig per August 16,40 Gd., 16,50 Br.

Zucker.

W. Hamburg, 6. Febr. Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Februar 20,05, per März 20,15, Mai 20,45, per August 20,75, per Oktober 19,55, Dezember 19,50. Tendenz: Ruhig.

W. London, 6. Febr. 96% Java-Zucker loko fest, 10 sh. 9 d. Verk. Rüben-Rohzucker loko stetig, 9 sh. 11¾ d. Wert.

Kaffee.

— Hamburg, 6. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 32¼ G., Mai 33¾ G., September 34 G., Dezember 34¾. Tendenz: Ruhig.

— Amsterdam, 6. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, fest, loko 37½.

— Havre, 6. Febr. Kaffee. Good average Santos März 43,25, Mai 43,25, Septbr. 43,50, Dez. 43,75. Tendenz: Ruhig.

W. Rio de Janeiro, 5. Febr. Kaffee. Zufuhr 12 000 Sack in Rio, 15 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— Bremen, 6. Februar. Baumwolle, ruhig. Upland midding loco 60½ Pfg.

— Antwerpen, 6. Febr. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Febr. 5,35 Käufer, Sept. 5,05 Käufer. Behauptet.

— Liverpool, 6. Febr. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Tendenz: Willig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig. Per Febr. 5,92, per Febr.-März 5,90, per März-April 5,90, per April-Mai 5,88, per Mai-Juni 5,86, per Juni-Juli 5,84, per Juli-August 5,78, per Aug.-September 5,68, per Sept.-Okt. 5,56, per Okt.-Nov. 5,46.

Petroleum.

— Hamburg, 6. Febr. Petroleum fest, Standard white loko 7,55.

Metalle.

— Amsterdam, 6. Februar. Bancazinn ruhig, loco 77¾.

— London, 6 Febr. Silber 25 9/16 Lstrl., Chili-Kupfer 61½ Lstrl., per 3 Monate 62⅛ Lstrl., Blei, span. 14¾ Lstrl., engl. 15 Lstrl., Zinn 130⅛ Lstrl., Zink 20½ Lstrl.

— Glasgow, 6. Febr. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 48 sh. 7 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— Halle, 6. Februar. (Bericht der Schlachtvieh-Versicherung des Landw. Bauernvereins des Saalkreises zu Halle a. S. (e. G. m. b. H.). Tatsächlich erzielte Lebendgewichtspreise auf Grund der in der Zeit vom 27. Januar bis 1. Februar 1908 eingegangenen Versicherungen.

Ochsen: Kl. Ia —; Ib —; IIa 4—6jähr., 1480—1410 Pfd., 40,50—40 *M.*, 3 Verk.*; IIb —; IIIa —; IIIb —.

Bullen: Kl. Ia 2jähr., 1600—1540 Pfd., 42—41 *M.*, 3 Verk.*; Ib 2jähr., 1320 Pfd., 38 *M.*, 1 Verk.*; IIa —; IIb —; IIIa —; IIIb —.

Färsen: Kl. Ia 1¾jähr., 800 Pfd., 38 *M.*, 1 Verk.*; Ib 2jähr., 920 Pfd., 36½ *M.*, 1 Verk.*; IIa —; IIb —; IIIa —; IIIb —.

Kühe: Kl. Ia 6—8jähr., 1390—1150 Pfd., 37—38 *M.*, 5 Verk.*; Ib 5—7jähr., 1320—1160 Pfd., 36 *M.*, 6 Verk.; IIa 5—7jähr., 1350 bis 1080 Pfd., 35 *M.*, 9 Verk.*; IIb 4—9jähr., 1300—1100 Pfd., 34 *M.*, 5 Verk.; IIIa 5jähr., 1000 Pfd., 33 *M.*, 1 Verk.*; IIIb 6—8jähr., 1000—860 Pfd., 35 *M.*, 3 Verk.

Schweine: (ohne Qualitätsbezeichnung) 370—310 Pfd., 50 *M.*, 5 Verk.*; 364—242 Pfd., 48 *M.*, 6 Verk.*; 310—274 Pfd., 47 *M.*, 7 Verk.*; 336—192 Pfd., 46 *M.*, 26 Verk.*; 360—217 Pfd., 45 *M.*, 19 Verk.*; 360—344 Pfd., 44 *M.*, 2 Verk.*; 455 Pfd., 41 *M.*, 1 Verk.*; 405—381 Pfd., 40 *M.*, 2 Verk.* — Durchschnittspreis: 45,98 *M.* per Zentner. — *Nicht Einzeltiere, sondern Verkaufsgruppen.

(Landw. Wochenschrift).

— Leipzig, 6. Febr. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 205 Rinder, und zwar 67 Ochsen, 11 Kalben, 73 Kühe, 54 Bullen; 831 Kälber; 355 Stück Schafvieh; 1758 Schweine, und zwar nur deutsche; zus. 3149 Tiere. Preise: Ochsen: I. —, II. 76, III. 68, IV. 60 *M.* für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. —, II. 72, III. 66, IV. 58, V. 48 *M.* für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 72, II. 66, III. 58 *M.* für 50 kg Schlachtgew. Kälber: I. 54, II. 50, III. 40, V. — *M.* für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 43, II. 40, III. 34 *M.* für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 59, II. 56, III. 52, IV. 52 *M.* für 50 kg Schlachtgew. Verkauf: 151 Rinder, und zwar 36 Ochsen, 9 Kalben, 60 Kühe, 46 Bullen, 830 Kälber, 225 Schafe, 1749 Schweine. Geschäftsgang: Rinder langsam, Kälber mittelmäßig, Schafe langsam, Schweine mittelmäßig.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 6. Febr. Roter Winter-Weizen loko 102⅛, per März ——, per Mai 105⅞, per Juli 101⅛, per Sept. ——, Mais per Mai 70⅛, per Juli 68⅞, per Sept. ——. Mehl 4,45. Getreidefracht nach Liverpool 2.

W. Chicago, 6. Februar. Weizen per Mai 97¼, per Juli 93⅛, Mais per Mai 61¼.

W. New-York, 6. Februar. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia 8,70, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 178.

W. New-York, 6. Febr. Schmalz Westernsteam 7,90, Rohe und Brothers 8,10.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: **Dr. Walther Gebensleben;** für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: **Max Ebeling;** für Lokales: i. V.: derselbe; Schlußredaktion: Al. Verwecke, sämtlich in Halle a S

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802072-15/fragment/page=0003

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:
1 1.Jan. | *4* 1.Apr. | *7* 1.Juli | *O* 1.Okt. | *a* 1.1.7. | *d* 1.4.10. | *g* 15.3.9. | *k* 15.6.12. | *q₁* quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr. | *5* 1.Mai | *8* 1.Aug. | *N* 1.Nov. | *b* 1.2.8. | *e* 1.5.11. | *h* 15.4.10. | *l* 11.6.12. | *q₂* do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz. | *6* 1.Juni | *9* 1.Spt. | *D* 1.Dez. | *c* 1.3.9. | *f* 1.6.12. | *i* 15.5.11. | *v* versch. | *q₃* do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 6. Febr. 1908

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.
Berlin, Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuss 7%, Privatdiskont 4⅝%.
Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.			
Dt.Rchs.Schl	v	3½	99.80G
do. 1912	a	4	100.00B
fäll.1.7.08	a	3½	99.40G
fäll.1.10.08	d	3½	99.25G
fäll.1.4.09	d	3½	98.90B
Pr.Schatz 12	a	4	100.00bB
Dt.Rchs-Anl	v	3½	93.20bG

Stargard i.P.	d	3½	—.—
Stendal 01	a	4	—.—
do. 03	d	3½	89.90b
Stettin	a	3½	90.90bG
do. 1904	d	3½	90.90G
Teltow.Kreis	d	4	99.30b
Teltow Kreis	d	3½	—.—
Thorn 01 u 11	d	4	98.25G
Weimar	a	3½	91.60G

Russ EBA.02	a	4	83.30b
do. 1905	a	4½	94.75bG
RussStaatsr	q₂	4	76.40b
do.Nicolai-B	e	4	—.—
do.Prm.A.64	a	5	—.—
do. do. 66	c	5	—.—
do. Bodencr.	a	5	108.00G
do. conv.Obl.	a	3 3	74.75bG
SaoPaulo GA	a	5	96.60bG

Eisenbahn-Prior.-Obligat.			
Braun. Lose.	a	3½	—.—
Brölth. 90er	d	4½	—.—
Halle-Hettst	d	3½	—.—
Halb.Blnk84	a	3½	89.50G
do. 1895/03	a	3½	89.50G
Nord. Wrn.E.	d	4	—.—
Zschk.Finst.	d	3½	—.—

Nordd.Grdcr II IV u. V	a	4	96.50bG
do. VI.	d	4	96.75G
do. X. XI.	a	4	97.40G
do. XII. u. 12	d	4	97.50G
do. XIV.	d	3½	93.25bG
do. XV. u. 15	a	4	97.75G
do. VII.-IX.	a	3½	90.00G
do. XIII. u. 12	d	3½	92.00G

Lahm.u.Co.3	d	4½	100.00G
Lauraнütte	a	*4	97.75G
Ldf.Evck St 5	d	*3½	91.40G
Leopold-Gr.	a	*4½	97.30B
Low Löwe&C	d	4	98.75G
LwnbrHSch2	d	*4½	98.00B
Mgdbbau 3	a	*4½	100.00B
Mannesmr.5	a	4½	100.75b

Böhm. Brauh	I	5	148.00bG
SolleWb abg	O	4	113.50G
Dtsch.Biero	O	8	131.75G
Friedrichsh.	O	4½	94.25bG
Gebhardt	O	1	61.75G
Gericke Wsb	O	0	34.25G
Germania	O	5	98.50G
Hilsebein	O	0	63.00bG
Kaiseror.	I	5	89.75G

Chemische Fabrik			
Grünau	I	10	160.00G
v. Heyden	I	10	161.00bG
Hönning.	7	10	149.10G
Milch	N	15	229.50b
Oranienb.	I	10	172.00G
Weiler	I	10	154.00G
Albert	I	22½	398.00B
Byk	7	0	60.25G
Chem. Wrkz	7	6	101.50G

Klaus Sp.ab.	I	8	96.75B
Köhlmann St	O	18	300.00bG
Koll.& Jourd	5	15	296.00b
KölscnWalz.	7	10	106.00B
Kg. Wilh. cv.	I	20	258.00bG
do.do.Pr.-A.	I	25	345.00G
Kön. Marienh	I	0	91.00G
do. do. V. A.	I	3½	92.00bG
Ksgb. Walzm	I	6	97.40b

SchönhAllee	I	frc	659.00bG
Schönen Met	7	4	41.50G
Schoening	5	8	103.75G
Schönw.Prz.	I	9	91.50bG
Schött Rhdt.	I	10	122.75bG
Schlg. Huck	I	8	131.50G
Schub.&Slz.	4	30	296.50bG
SchuckertEl.	8	5	106.60b
Fr.Schultz jr.	I	23	284.00B

Stadt-, Kreis- und Gemeinde-Anleihen.

Preussische Pfandbriefe.

Renten-Briefe.

Deutsche Lose.

Fonds u. Pfandbriefe.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Strassen- u. Kleinbahnen.

Schiffahrts-Aktien.

Deutsche Hypoth.-Pfandb.

Obligat. Indust. Gesellschaften. Die mit Stern (*) bezeichneten sind hypothek. sichergestellt.

Bank-Aktien.

Brauerei-Aktien.

Industrie-Aktien.

Auswärtige

Wechselkurse.

Gold, Silber, Banknoten

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel. Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Stückzinsen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemässigen Stückzinsen 4 pCt., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notleidende Papiere in Prozenten notiert.